Landratsamt Dillingen a. d. Donau 16.10.2023

42-641.4.5

**Bekanntgabe gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**

1. **Aktenvermerk**

Das Landratsamt Dillingen a.d.Donau, Große Allee 24, 89407 Dillingen a.d.Donau, gibt als zuständige Behörde bekannt, dass im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens nach § 68 WHG zur geplanten Herstellung einer Fischaufstiegshilfe im linken Uferbereich der Staustufe zwischen Fluss-km 2.545,65 und 2.545,43 aufgrund des Ergebnisses der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die LEW Wasserkraft GmbH, Schaezlerstraße 3 in 86150 Augsburg hat einen Antrag gem. § 68 WHG auf Erteilung einer Plangenehmigung für die vorgenannte Gewässerausbaumaßnahme gestellt. Das Vorhaben fällt unter die Ziff. 13.18.1 der Anlage 1 zum UVPG. Danach ist eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 7 Abs. 1 Satz 1 UVPG notwendig.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls hat ergeben, dass durch das geplante Vorhaben nach Einschätzung des Landratsamtes Dillingen a.d.Donau aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien nicht mit erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu rechnen ist, wenn die in den Antragunterlagen und Gutachten ermittelten Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen eingehalten sowie die aktuellen gesetzlichen Anforderungen berücksichtigt werden.

Wesentliche Gründe der Entscheidung sind:

* Zur Beurteilung, ob die Erhaltungsziele des Natura 2000-Gebietes durch das Vorhaben beeinträchtigt werden, wurden von der Unteren Naturschutzbehörde eine FFH- bzw. SPA-Verträglichkeitsabschätzung durchgeführt. Des Weiteren wurden eine Umweltverträglichkeitsvorprüfung sowie ein Landschaftspflegerischer Begleitplan und eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung erstellt.
* Eine zusätzliche Betroffenheit durch die Lage des Maßnahmengebiets im Überschwemmungsgebiet der Donau ist nicht erkennbar. Es entsteht kein Retentionsraumverlust, sondern es wird durch den Aushub des Umgehungsgerinnes ein zusätzliches Retentionsraumvolumen geschaffen.

Da der Schlitzpass im Unterwasser nur unwesentlich in den Abflussquerschnitt der Donau hineinragt, sind insgesamt durch den Bau der Fischaufstiegsanlage keine signifikanten Auswirkungen auf die Hochwasserabflussverhältnisse der Donau zu erwarten.

Für das Vorhaben wird daher keine formelle Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Die Feststellung wird hiermit gem. § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG öffentlich bekannt gegeben. Es wird darauf hingewiesen, dass die Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist (§ 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG).

Dr. Ganzenmüller-Seiler

FB 42 Wasserrecht